



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 25. März 2019
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 703 Anfrage Sager Urban und Mit. über die Aufhebung des Job-Abos am Luzerner Kantonsspital / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 703 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Urban Sager hält an der Dringlichkeit fest.

Urban Sager: Es war eine Auflage der Stadt, dass dem Personal beim Bau des Parkhauses entsprechende Mobilitätsmassnahmen angeboten werden müssen. Mit dem Verzicht auf das Job-Abo verstösst das Luzerner Kantonsspital gegen diese Auflage, wie es übrigens das Kantonsspital bereits selber eingeräumt hat. Entsprechend braucht es seitens der Regierung klärende Antworten. Das Job-Abo wird auch nicht mehr verlängert, und die Angestellten müssen ihre öV-Abos selber bezahlen. Die Angestellten haben deshalb ein Recht auf Antworten. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Claudia Huser Barmettler: Die GLP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Als grösster Arbeitgeber der Zentralschweiz hält sich das Luzerner Kantonsspital nicht an die Abmachungen. Leider gehe ich davon aus, dass der Regierung die Hände gebunden sind, trotzdem sollte sie zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Priska Galliker: Das Thema bewegt zwar, aber ich wage doch zu bezweifeln, dass die Fragen von aussergewöhnlich hohem politischem Gewicht sind. Ich frage mich auch, ob es sich hier um eine Angelegenheit unseres Rates handelt oder ob nicht der Stadtrat dafür zuständig wäre. Die CVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Meiner Meinung nach handelt es sich bei dieser Anfrage allenfalls sogar um ein Thema für die Klima-Sondersession.

Urban Frye: Die Grüne Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Das Luzerner Kantonsspital hält sich nicht an die Auflagen einer Behörde. Der Regierungsrat kann hier sehr wohl eingreifen. Ich verstehe nicht, was eine Eignerstrategie überhaupt soll, wenn die eigenen Unternehmen des Kantonsspitals gesetzliche Bestimmungen und Auflagen nicht einhalten. Die Regierung des Kantons Uri hat am Beispiel der Kantonalbank gezeigt, dass sehr wohl Einfluss genommen werden kann.

Herbert Widmer: Auf den ersten Blick erscheint die Anfrage nicht dringlich. Bei genauerem Hinschauen zeigt es sich aber, dass die Dringlichkeitskriterien erfüllt sind. Wir wissen nicht, ob es sich bei der Anfrage um eine Angelegenheit unseres Rates handelt. Es wäre interessant zu wissen, ob das der Fall ist. Der Kanton Luzern ist alleiniger Besitzer des Luzerner Kantonsspitals und will es in eine Aktiengesellschaft umwandeln. Damit ist der Kanton zuständig für diese Anfrage. Das Anliegen kann nicht bei einem traktandierten Geschäft eingebracht werden. Das Anliegen ist von hohem politischem Gewicht, sodass die Öffentlichkeit eine umgehende politische Stellungnahme erwartet. Es geht hier um den grössten Arbeitgeber im Kanton Luzern, und die Angelegenheit hat zu einem gewissen Vertrauensverlust geführt. In der Motion M 204 geht es um den Vertrauensverlust in unserem

Parlament; wir Kantonsräte erachten diesen als grösser als die Regierung. Wir sollten deshalb auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Für uns Kantonsräte ist diese Anfrage aus politischen Gründen mindestens ebenso wichtig. Der Regierungspräsident liess in den Medien verlauten, dass die Regierung keine Stellung dazu nehmen könne, da ihr bei den ausgelagerten Einheiten die entsprechende Kompetenz fehle. Ich möchte wissen, ob das tatsächlich der Fall ist. Die nächste Session ist erst im Juni, aber im Mai und im Juni finden einige Sitzungen mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement statt, bei denen es um die Zukunft der Spitäler geht. Ich möchte dabei nicht immer auf die Anfrage von Urban Sager zurückkommen müssen. Daher bitte ich Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Die Auflagen einer Baubewilligungsbehörde sind klar einzuhalten. Diesbezüglich habe ich entsprechend Einfluss genommen, und es sind bereits Gespräche im Gang, bei denen es nicht nur um das Job-Abo geht, sondern um das Verkehrsmanagement als Ganzes. Die Weichen sind gestellt. Bei der Anfrage geht es zudem nicht nur um das Job-Abo, sondern auch um weitere, nicht dringliche Fragen. Herbert Widmer möchte ich entgegenen, dass wir nicht alles zerreden sollten, denn eigentlich kann der Kantonsrat alles, und die Regierung kann fast alles. Im vorliegenden Fall werden die Auflagen ohne Wenn und Aber umgesetzt.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 78 zu 34 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.